

Osnabrücker Jahrbuch Frieden und Wissenschaft 26 / 2019

›**IM ZEICHEN DER FREIHEIT**‹

- OSNABRÜCKER FRIEDENSGESPRÄCHE 2018
- MUSICA PRO PACE 2018
- BEITRÄGE ZUR FRIEDENSFORSCHUNG

Herausgegeben vom Oberbürgermeister der
Stadt Osnabrück und der Präsidentin der
Universität Osnabrück

V&R unipress

Wissenschaftlicher Rat der Osnabrücker Friedensgespräche 2018-2019

Prof. Dr. Martina Blasberg-Kuhnke, Kath. Theologie, Universität Osnabrück (Vorsitz)
Dr. Henning Buck, Univ. Osnabrück (Redaktion Osnabrücker Jahrbuch Frieden und Wissenschaft)
Prof. Dr. Roland Czada, Politikwissenschaft, Universität Osnabrück (Stellv. Vorsitz)
Hans-Jürgen Fip, Oberbürgermeister a.D. (Ehrenmitglied)
Prof. i.R. Dr. Wulf Gaertner, Volkswirtschaftslehre, Universität Osnabrück
apl. Prof. Dr. Stefan Hanheide, Musikwissenschaft, Universität Osnabrück
Rea Krakowitzky M.A., Universität Osnabrück (Mitarbeiterin der Geschäftsführung)
Prof. Dr. Christoph König, Germanistik, Universität Osnabrück (Stellv. Vorsitz)
Prof. Dr. Andrea Lenschow, Sozialwissenschaften, Universität Osnabrück
Dr. Janina Majerczyk, Universität Osnabrück (Geschäftsführung Osnabrücker Friedensgespräche)
Prof. i.R. Dr. Reinhold Mokrosch, Evangelische Theologie, Universität Osnabrück
Prof. Dr. Ulrich Schneckener, Politikwissenschaft, Universität Osnabrück
Prof. em. Dr. György Széll, Soziologie, Universität Osnabrück
Prof. i.R. Dr. Albrecht Weber, Rechtswissenschaft, Universität Osnabrück
Prof. Dr. Siegrid Westphal, Geschichtswissenschaft, Universität Osnabrück
Prof. i.R. Dr. Tilman Westphalen, Anglistik, Universität Osnabrück
Prof. Dr. Chadi Touma, Biologie, Universität Osnabrück
Prof. Dr. Rolf Wortmann, Politikwiss. und Public Management, Hochschule Osnabrück

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Henning Buck

Redaktionelle Mitarbeit: Joachim Herrmann, Jutta Tiemeyer, Dr. Michael Pittwald

Bucheinband: Bruno Rothe / Tefvik Goektepe unter Verwendung eines Fotos von Adobe Stock, MXW Photography.

Für freundliche Unterstützung der Osnabrücker Friedensgespräche 2018-2019 danken wir

- der Stadtwerke Osnabrück AG
- der Sievert-Stiftung für Wissenschaft und Kultur
- dem Förderkreis Osnabrücker Friedensgespräche e.V.

Redaktionsanschrift: Geschäftsstelle der Osnabrücker Friedensgespräche
Universität Osnabrück, Neuer Graben 29 / Schloss, D-49074 Osnabrück
Tel.: + 49 (0) 541 969 4010, E-Mail: ofg@uni-osnabrueck.de
Internet: www.friedensgespraeche.de

Die Deutsche Nationalbibliothek – Bibliografische Information: Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.
1. Aufl. 2019

© 2019 Göttingen, V&R unipress GmbH, Robert-Bosch-Breite 6, D-37079 Göttingen,
mit Universitätsverlag Osnabrück. Alle Rechte vorbehalten.
Printed in the EU: Hubert & Co. GmbH & Co. KG BuchPartner, Robert-Bosch-Breite 6,
D-37079 Göttingen.

Vandenhoeck & Ruprecht Verlage | www.vandenhoeck-ruprecht-verlage.com

ISSN 0948-194X
ISBN 978-3-8471-1041-5

Inhalt

Vorwort der Herausgeber.	7
Editorial	9
I. OSNABRÜCKER FRIEDENSGESPRÄCHE 2018	
<i>Digitale Medien: Wer beherrscht die »fünfte Gewalt«?</i> Mit Bernhard Pörksen, Anke Domscheit-Berg, Julia Krüger	15
<i>Liao Yiwu und die Freiheit der Literatur</i> Mit Beiträgen von Karin Betz, Christoph König, Liao Yiwu und Herbert Wiesner.	43
<i>Frieden machen! Wie Kriege beendet werden und wie Frieden gelingen kann</i> Mit Wolfgang Petritsch, Markus Potzel, Dana Landau.	71
<i>America first! – Trumps Präsidentschaft: Was bringt sie seinem Land und der Welt?</i> Mit Susan Neiman, Welf Werner, Josef Braml	101
II. MUSICA PRO PACE – KONZERT ZUM OSNABRÜCKER FRIEDENSTAG 2018	
Stefan Hanheide, Osnabrück »1918« – Werke von Maurice Ravel und Johannes Brahms	127
III. BEITRÄGE ZUR FRIEDENSFORSCHUNG	
Asfa-Wossen Asserate, Frankfurt am Main <i>Afrika wohin? – Politik, Wirtschaft und Migration</i>	135

György Széll, Osnabrück
Sind die Freiheitsrechte universal? 149

Roland Czada, Osnabrück
*Die Freiheit anders Denkender. Voraussetzungen und Möglichkeiten
einer freiheitlich-pluralistischen Gesellschaftsordnung* 175

Andrea Lenschow, Jörg Baudner und Jan Pollex, Osnabrück
Das umkämpfte Gut der Freiheit in der Europäischen Union 191

IV. ANHANG

Referentinnen und Referenten, Autorinnen und Autoren 207

Abbildungsnachweis 213



Volker Lüdemann, Julia Krüger, Ulrika Engler, Direktorin der Niedersächsischen Landeszentrale für politische Bildung, Bernhard Pörksen, Bürgermeisterin Birgit Strangmann, Uni-Vizepräsidentin Martina Blasberg-Kuhnke, Anke Domscheit-Berg, Roland Czada (v.l.)

Digitale Medien: Wer beherrscht die ›fünfte Gewalt‹?

Podiumsveranstaltung in Kooperation mit der
Niedersächsischen Landeszentrale für politische Bildung
in der Aula der Universität am 14. Februar 2018

<i>Prof. Dr. Bernhard Pörksen</i>	Medienwissenschaftler, Universität Tübingen
<i>Anke Domscheit-Berg, MdB</i>	Publizistin und Politikerin, Fürstenberg / Havel
<i>Julia Krüger</i>	Politikwissenschaftlerin und freie Autorin bei netzpolitik.org
<i>Prof. Dr. Volker Lüdemann</i>	Hochschule Osnabrück, Leiter des Niedersächsischen Datenschutzzentrums (NDZ) – Gesprächsleitung

Volker Lüdemann: Es ist noch nicht lange her, dass unter der Sonne Kaliforniens Internetpioniere und ›Computer-Hippies‹ eine fast ungeheuerliche Vision entwarfen und eine Aufbruchsstimmung entfachten, die bis heute andauert. Es ging um nichts weniger als eine bessere und gerechtere Welt: das *Internet* als Ort der Verheißung. Schwärmerisch pries der US-amerikanische Sozialwissenschaftler *Howard Rheingold* dessen emanzipative, demokratisierende und befreiende Effekte. Da wir uns im Internet nicht sehen können, so Rheingold, verlieren Nationalität, Hautfarbe, Status, Geschlecht, Aussehen an Bedeutung – das war die Hoffnung. Diskriminierungsfreie Begegnung und Kommunikation wären damit endlich möglich. *Jürgen Habermas*' vielzitierte Vorstellung eines »herrschaftsfreien Diskurses«, bei dem allein das bessere Argument den Ausschlag gibt, schien in greifbare Nähe gerückt.

Das Internet sollte nach den ursprünglichen Vorstellungen aber nicht allein die Kommunikations- und Diskurskultur verbessern. Auch politische Hoffnungen waren damit verbunden, etwa einer ›Herrschaft der Vielen‹ anstelle der Herrschaft weniger. Man setzte auf den Einzelnen als Mitgestalter der vernetzten Welt und seine Fähigkeit, in nichtorganisierten und nichthierarchischen Gruppen ›Schwarmintelligenz‹ und politische Macht zu mobilisieren. Diese politische Komponente,

ein Lebensgefühl, brachte das Nachrichtenmagazin *TIME* in einer berühmt gewordenen Titelseite im Jahr 2006 zum Ausdruck. Es begrüßte damals seine *Leser* als *Person of the Year* im anbrechenden Informationszeitalter in ›ihrer‹ Welt, in der jeder Einzelne die Kontrolle über das Informationszeitalter ausüben könne.

Von dieser Anfangseuphorie ist heute wenig geblieben. Ernüchterung ist eingetreten, sowohl in kommunikativer als auch in politiktheoretischer Hinsicht. Die Kommunikation hat sich zwar verändert, aber ganz anders als gedacht. Es gibt zwar viel Sinnvolles und Wunderbares in den Sozialen Medien und in der Bloggersphäre. Das Internet ist aber auch zu einem Ort geworden, wo Hassreden, Desinformation, Diskursanarchie, Verschwörungstheorien und mangelnde Toleranz gegenüber Andersdenkenden zum Alltag gehören. Die Anonymität zeigt ihre Schattenseiten. Sie enthemmt. Und wir werden gleichzeitig Zeuge davon, welche Möglichkeiten Soziale Medien bieten, um Meinungen und Stimmungen zu manipulieren. Etwa durch Internet-Trolle und *social bots*, die uns Kommunikation vorspielen, die gar nicht existiert. Seriöse Schätzungen vermuten, dass mittlerweile die Hälfte des Internetverkehrs auf Roboter zurückzuführen ist. Sie lesen, schreiben, setzen *likes* und verbreiten durch ›teilen‹ Inhalte weiter. Diese Erkenntnisse bestimmen vielfach die Diskussion und unsere Sicht auf die Dinge. Vor allem im deutschen Feuilleton sind digitale Medien ähnlich negativ besetzt wie *Darth Vader*.

Auch in politiktheoretischer Hinsicht haben sich die an das Internet geknüpften hohen Erwartungen nicht erfüllt. Das Internet ist bislang nicht zum Hort der Partizipation geworden. Es gilt die 1%-Regel: 90% schweigen, 9% beteiligen sich gelegentlich und 1% beherrscht lautstark die Bühne. Wir müssen erkennen, dass die Ausbreitung der Desinformation, insbesondere in Netzwerken wie Facebook und Twitter, zu einer echten Herausforderung bzw. möglicherweise zu einer Bedrohung für unsere Demokratie wird.

Mit einer Vorhersage haben die Vordenker des Internets allerdings recht behalten: Die Masse der ›vernetzten Vielen‹ ist ungeheuer wirkungsmächtig geworden. Die vernetzten Vielen stürzen Politiker, initiieren Kampagnen, betreiben Selbstjustiz und jagen Verbrecher; sie kritisieren klassische Medien, veranstalten grausame Mobbingspektakel und schaffen Gegenöffentlichkeit. Es ist eine neue Macht- und Einflussosphäre entstanden, für die *Bernhard Pörksen* den neuen Begriff der ›fünften Gewalt des digitalen Zeitalters‹ verwendet; eine Gewalt, die sich vor die klassischen Staatsgewalten Legislative, Judikative und Exekutive sowie die sogenannte ›vierte Gewalt‹ des klassischen Journalismus geschoben hat. Um diese ›fünfte Gewalt‹ soll es heute gehen.

Nach welchen Mustern funktioniert diese Masse der Vielen? Steht dort das Gemeinwohl im Vordergrund? Oder haben wir es mit Partikularinteressen von medial Dauer-Erregten und Empörung-Junkies zu tun? Wie fügt sich die ›fünfte Gewalt‹ in die bestehende Gewaltenteilung ein? Welche Macht haben die sozialen

Plattformen, die diese Masse der vernetzten Vielen tragen, kontrollieren oder steuern? Bietet die stürmische Entwicklung digitaler Kommunikation mehr Chancen oder mehr Risiken? Setzen staatliche Gesetze einen hinreichenden Rechtsrahmen, sodass die Meinungsfreiheit den Persönlichkeitsschutz gewährleistet? Bedarf es einer Regulierung des entfesselten Diskurses?

Bernhard Pörksen: Ziemlich genau vor 30 Jahren wurde im kalifornischen Sausalito – irgendwo zwischen ein paar Hausbooten und Schuppen – die erste *online*-Gemeinschaft der Welt gegründet. Es waren Hippies, die von ihren Reisen aus Indien und von den amerikanischen Landkommunen zurückkamen und ihre Ideale von Verbundenheit, Nähe, Austausch, Basisdemokratie und Liebe in die neue, digitale Zeit tragen wollten. Howard Rheingold war Begründer und Mitglied dieser ersten *online*-Gemeinschaft und Erfinder des Begriffs ›virtuelle Gemeinschaft‹. Er war der Ansicht, dass im Netz eine neue Verbundenheit entstünde, da wir nicht sehen können, welchen Status, welche Hautfarbe, welches Geschlecht jemand hat. Merkmale wie Klasse, Hautfarbe, Nationalität oder Geschlecht würden in unserer Kommunikations- und Begegnungsgemeinschaft nicht mehr wichtig sein.

Es ist ganz anders gekommen: Heute, so werden Mentalitätshistoriker einmal sagen, haben wir den ersten Internet-Troll, der gleichzeitig Präsident einer Supermacht ist. Ein Mann, der Behinderte verspottet, Frauen verachtet und mit seinen Atomsprengköpfen via Twitter einem nordkoreanischen Diktator droht. Heute ist PEGIDA ein *like*-Wunder auf Facebook, heute diffundieren *fake news*, Verschwörungstheorien und plötzlich heiß laufende Gerüchte durch die sozialen Netzwerke.

Was ist passiert bei diesem Wechsel von der Euphorie vor 30 Jahren hin zur Ernüchterung, von der Utopie eines Diskurses hin zu einer Dystopie? Man könnte antworten, dass wir nun einmal in dramatischen Zeiten leben: Der drohende Zerfall Europas, die Wiederkehr des Nationalismus, die Erfolge von Populisten in vielen europäischen Ländern, das Nachbeben der Finanzkrise, die flüchtenden Menschen, der Krieg in Syrien, die Terrorattentate. All das sind Ereigniseffekte, so könnte man sagen, die diesen Stimmungsumschwung bewirkt haben und diesen Austausch der Zeichen von der Utopie zur Dystopie erklärbar machen. Aber jenseits dieser Ereigniseffekte, die man nicht geringschätzen sollte, gibt es noch etwas anderes, etwas, das man als *medialen Tiefeneffekt* bezeichnen könnte. Diese medialen Tiefeneffekte sind die Ur-Ursache des kommunikativen Klimawandels, den wir heute erleben.

Ich möchte zwei medienwissenschaftliche Begriffe vorstellen, um diese Veränderung des Kommunikationsklimas fassbar zu machen. Mit dem Begriff *Disintermediation* ist gemeint, dass man heute die *gatekeeper* – die Schleusenwärter am Tor zur öffentlichen Welt – umgehen kann, denn die klassischen *gatekeeper*

in Gestalt von Zeitungen und Massenmedien sind schwächer oder verzichtbar geworden. Ein zweiter Begriff ist der der *Hyperintermediation*. Damit ist die Durchdringung der Welt durch Netzwerkeffekte gemeint: Medien sind überall, es gibt eine Urstruktur der Vernetzung, die wir als Einzelne, die medienmächtig geworden sind, zu reizen vermögen. Wir haben das seltsame Paradox, gleichzeitig eine Disintermediation *und* eine Hyperintermediation zu erleben: Klassische Medien werden schwächer; Medieneffekte werden stärker.

Ein kurzer Illustrationsversuch der Ur-Ursachen und drei Trenddiagnosen dieses Prozesses des kommunikativen Klimawandels:

Erste Trenddiagnose: Es tauchen neue ›Enthüller‹ auf, mal als Einzelne, mal regiert der Mob, mal Blogger, mal Freiheitsaktivisten des Arabischen Frühlings, mal wütende Doktoranden, die die Dissertation eines Verteidigungsministers vor aller Augen auseinandernehmen, mal ein 9-jähriges Mädchen, das über ihr entsetzliches Schulessen bloggt. Die klassische ›vierte Gewalt‹ des Journalismus hat Gesellschaft bekommen durch eine ›fünfte Gewalt‹ der vernetzten Enthüller.

Zweite Trendmeldung: Wir erleben im Moment eine ›neue Sichtbarkeit‹, und das erschüttert den politischen Prozess erkennbar. Zwischen den Jahren 1933 und 1945 war *Franklin D. Roosevelt* Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika. Aufgrund einer Kinderlähmung war er an den Rollstuhl gefesselt und konnte nicht gehen. Dennoch war die Mehrheit der Amerikaner der festen Überzeugung, dass ihr Präsident gehen könne. Es gab zwischen 1933 und 1945 nur drei Fotos, die ihn im Rollstuhl zeigten. Wenn er eine Rede hielt, ging der Vorhang erst auf, wenn man ihn an das Pult geschoben hatte und er sich dort im Klammergriff festhielt. Gelegentlich gab es den Moment, in dem sich ein Gang durch die Menschenmenge – oder die Simulation eines solchen – nicht vermeiden ließ. Dann trug er schwere Eisenschienen, die in der Hose verborgen waren und seine Beine aufrecht hielten. Er klammerte sich scheinbar gelassen lächelnd an einen Freund, der ihn sukzessive nach vorne schob. »Ich bin ein großer Schauspieler«, sagte er einmal, und wenn Journalisten ihn fotografierten, ließ er ihnen die Kameras wegnehmen und die Filme zerstören. Nur drei Fotos zwischen 1933 und 1945 gibt es von ihm und keinen einzigen Film! Erst 2013 entdeckte ein Wissenschaftler eine Filmsequenz von 13 Sekunden. – Und wie ist es heute? Ich erinnere an den 11. September 2001, als *Hillary Clinton* während einer Gedenkfeier für die Opfer des 11. September 2001 übel wird und sie zusammensackt. Schon 20 Minuten nachdem sie die Feier verlassen hat, gibt es auf Twitter die ersten Nachfragen von Journalisten, wo Hillary sei. Zwei Stunden später ist das Smartphone-Video, das ihren Kollaps und die Mitarbeiter, die sie in ihren Wagen begleiten, zeigt, weltweit verbreitet. Die Meldung »*Hillary Clinton collapses*« wird zum Twitter-Trend Nr. 1. Die Kollateralschäden dieser ›Sofortsichtbarkeit‹ sind heute unmittelbar als Drohkulisse im politischen Prozess zu erleben. Alles wird sofort für alle sichtbar. Dies

tut einem politischen Prozess nicht gut, der auf eine ausgewogene Diskussion setzt, die auch Diskretion und die Schonräume von Intransparenz braucht.

Die dritte Trendmeldung ist die einer *neuen Form der Gemeinschaftsbildung*, eigentlich eine wunderbare Nachricht. Alle können sich miteinander vernetzen und austauschen. Es können Menschen zueinander finden, die an einer seltenen Krankheit leiden und sich unterstützen; es können Menschen mit einem obskuren



Bernhard Pörksen

Hobby zusammenfinden. Es können sich aber auch die Giftzwerge des Universums die Hand reichen. Und hier beginnt die grandios gute Nachricht der Vernetzungsmöglichkeit böse zu schimmern. Es können diejenigen zusammenkommen, die meinen, dass wir in einer »Merkeldiktatur« leben, dass Flüchtlingsheime brennen sollten oder dass Impfungen Autismus erzeugen. Sie

können zusammenfinden und sich hinein *googlen* in ihr eigenes Selbstbestätigungsmilieu. Und sie können sich in eine Mehrheitsillusion hinein hypnotisieren, wahlweise nach einem Motto wie etwa: Wir sind doch viele! Das ist genau das, was ich auch denke und glaube! Und warum wird unsere Sicht der Dinge nicht in den klassischen Medien repräsentiert? – Unter solchen Bedingungen wird die gefühlte Repräsentationskrise zur kommunikativen Normalität. Das ist der eine Effekt. Und diejenigen, die nicht zu dieser Gruppe gehören, werden konfrontiert mit dieser Geistesverfassung jener, die vorher nicht sichtbar waren und sich nicht verbünden konnten. Das ist der andere Effekt.

Was bedeutet das alles und was folgt daraus? Etwa ein Bildungsauftrag? Oder ein Ruf nach neuen Gesetzen? Was soll man tun, um eine andere, respektvollere, friedlichere Art des Austausches zu praktizieren? Das sind Fragen, auf die wir nach Antworten suchen müssen.

Anke Domscheit-Berg: Nachdem bereits einiges Kritische über Kommunikation, soziale Netze und Interaktion gesagt worden ist, möchte ich zunächst über die positiven Möglichkeiten der Netzpolitik sprechen, die heute und künftig auch bestehen. Denn tatsächlich haben sich Machtverhältnisse verändert, ja auf den Kopf gestellt. Noch nie in der Geschichte der Menschheit konnte ein einzelner Mensch so viel bewegen, wie das heute mithilfe des Internet möglich ist. Geradezu eine Kulturtechnik des digitalen Zeitalters ist das *leaking*. Und es gibt das *whistleblowing*, mit dem Einzelne wie *Chelsea Manning*, *Julian Assange* oder *Edward Snowden* weltweit Schlagzeilen gemacht und Einfluss auf das Geschehen dieser Welt genommen haben. Mein Mann hat zusammen mit Julian Assange *Wikileaks* aufgebaut. Lange Zeit waren sie nur zu zweit und haben große Bankhäuser wie *Julius Baer* in die Knie gezwungen.

Es gibt inzwischen Kampagnen wie *Black Lives Matter*, *Time's Up*, *#MeToo* und viele andere, die zuerst über soziale Netze verbreitet wurden, von Menschen, die in Not waren und ihre Nöte im Internet öffentlich gemacht und sich so gegenseitig verstärkt haben. Sie haben so eine Macht gewonnen, dass sie den Diskurs prägen konnten, internationale Debatten erzwungen und am Ende auch die klassischen Medien beherrscht haben. Es entstanden internationale Vernetzungen wie der *Women's March*, nachdem ein Sexist US-Präsident wurde.

Weltweit gingen 5 Millionen Frauen auf die Straße und haben überall auf der Welt pinkfarbene *pussy hats* gehäkelt und gestrickt. *#MeToo* war nicht nur ein Hashtag, sondern hat etliche Köpfe rollen lassen, die sehr mächtig waren und als unantastbar galten. Keiner kann mehr sicher sein, wenn er sich an Frauen vergreift, bloß weil er die Macht dazu hat. Bei *Time's Up* gibt es eine Solidarisierung mit Betroffenen gegen Sexismus und Übergriffe. Dabei ging es nicht nur darum, dass alle Frauen beim *Golden Globe* schwarze Kleider tragen sollten. Dazu gehört auch, dass man einen Millionenfonds aufgelegt hat zur anwaltlichen Unterstützung für Frauen auf der ganzen Welt, nicht nur aus der Filmbranche, um sich gemeinsam zu wehren.

Das Internet ist ein Sprachrohr für Minderheiten geworden: Vielleicht kennen Sie *Julia Probst*, die unter dem Namen *@EinAugenschmaus* twittert und über 34.000 Follower hat. Als Gehörlose hat sie es geschafft, für dieses Thema Aufmerksamkeit zu schaffen. Und sie hat nicht nur erreicht, am Drehbuch für einen *Tatort*-Krimi mitarbeiten zu können; sie hat auch erreicht, dass die Ansprache der Bundeskanzlerin zum Jahresende inzwischen auch in Gebärdensprache ausgestrahlt wird. Im Sommer 2014 gab es die *Ice Bucket Challenge*, die sich über ein Hashtag verbreitete, um Aufmerksamkeit für die wenig erforschte Krankheit ALS zu wecken, und zu 115 Mio. Euro Spenden geführt hat. Das war ein Vielfaches dessen, was vorher für die Erforschung dieser Krankheit verfügbar war. Es gab immer wieder Internet-*shitstorms* gegen Organisationen, etwa als die Firma Otto ein unsägliches T-Shirt ausschließlich für 2-10-jährige Mädchen anbot, auf dem

gedruckt war: »In Mathe bin ich Deko«. Aufgrund des *shitstorm* ist das T-Shirt aus dem Programm genommen worden.

Aber tatsächlich gibt es auch für Hass und Hetze neue Räume und neue Macht. Wir sehen im virtuellen Raum fehlende Empathie, fehlende direkte soziale Interaktion, und viele schweigen dort einfach. Die Schweigenden sind aber nicht sichtbar. Ich sehe nur die, die teilen und *liken*. Das wirkt dann auf mich so, als wären sie alle meiner Meinung. Dies alles verbindet sich mit einer hoffnungslos ineffektiven Strafverfolgung. Man hat den Eindruck, dass Dinge, die eigentlich verboten sind, im Internet erlaubt sind. Da werden Vergewaltigungs- und Morddrohungen ausgestoßen, und es passiert – fast nichts. Ich selbst habe mehrfach Anzeige erstattet. Keine einzige davon ist vor Gericht gelandet, geschweige denn, dass es zu einer Verurteilung gekommen wäre.



Anke Domscheit-Berg

Anlässe waren persönliche Angriffe, die sehr verletzend sein können, und ich bin der Ansicht, dass dort geltendes Recht durchgesetzt werden sollte. Aber das geschieht nicht. Solche Angriffe richten sich oft gegen Frauen und Minderheiten. Und die Hemmschwelle für physische Gewalt sinkt: Aus Worten werden Taten. Worte sind der Humus, auf dem physische Gewalt entsteht. Wut, Ärger, Protest erzeugen mehr negative Energie, als wenn man einfach etwas okay findet. Diejenigen, die hassen, bringen so viel Energie auf, jedem ihren Hass mitzuteilen. Dadurch haben wir oft einen ganz falschen Eindruck vom Seelenzustand unserer Gesellschaft.

Der Einzelne hat zwar durch das Internet mehr Macht, Verhältnisse zu ändern, aber auf der anderen Seite zugleich werden existierende Machtverhältnisse zementiert. Untersuchungen zeigen, dass ca. 90% des Hasses im Netz von Männern verbreitet werden. Eine Rechtsanwältin, die hauptsächlich mit Fällen häuslicher Gewalt gegen Frauen zu tun hat, sagte mir, dass heute 100% ihrer *stalking*-Fälle von häuslicher Gewalt mit digitaler Gewalt verknüpft sind. Die betroffenen

Frauen werden überall hin verfolgt. Vor dieser Art von Gewalt schützt auch nicht die Flucht in ein Frauenhaus. Ihr Handy wird ihnen gefährlich, weil man es orten und sie dann verfolgen kann. Sie können mit ihrer Adresse und Fotos geoutet werden. Das ist ein sehr großes Problem. Zum Thema ›digitale Gewalt‹ vor allem gegen Frauen gibt es aber bisher kaum Daten.

Warum wirken soziale Netze so? Und wirken sie auch über das Individuum hinaus? Soziale Netze werden bekanntlich durch Werbeeinnahmen finanziert. Bezahlte wird die Verbreitung von Werbung, und diese gilt als umso wirkungsvoller, je höher die Klickrate der Website ist, auf der sie erscheint. Was aber produziert hohe Klickraten? Das ist das, was die Menschen am meisten emotional bewegt, also Wut, Protest und Ähnliches. Was aufgrund gemeinsam geteilter Aversionen hohe Klickraten erzielt und dadurch die meiste bzw. teuerste Werbung bekommt, sorgt damit für große Einnahmen. Allein dieses Finanzierungsmodell der sozialen Netzwerke produziert eine gefährliche Bevorzugung und Verschärfung des Negativen. Darüber hinaus gibt es ›Filterblasen‹, die die Realität verfälschen. Leute, die in solchen homogenen Gruppen ihre Meinungen äußern, bilden sich ein, dass das dort Geäußerte die Mehrheitsmeinung sei. Gesellschaft und Demokratie können dadurch beeinflusst werden, ja gefährdet sein, vor allem dann, wenn technische Möglichkeiten der Einflussnahme hinzukommen. Dann stehen nicht mehr Menschen, die sich ärgern, hinter den Meinungsäußerungen, sondern digitale *bots*, wie sie die russische Regierung eingesetzt hat, um die amerikanischen Wahlen zu beeinflussen. Facebook und Twitter haben mitgeteilt, dass in Zusammenhang mit der Präsidentschaftswahl 126 Millionen Amerikaner – und somit jeder zweite Wahlberechtigte – mit *fake accounts* oder *fake posts* von russischer Seite konfrontiert waren.

Was kann, was muss der Staat angesichts dessen tun? Der Bundestag hat im letzten Jahr das sogenannte *Netzwerkdurchsetzungsgesetz* verabschiedet, das seit Januar 2018 gilt. Das Gesetz hat durchaus gute Anteile, u.a. den, dass die Betreiber sozialer Netzwerke einen nationalen verantwortlichen Ansprechpartner benennen müssen. Das ermöglicht Strafverfolgungsbehörden, offizielle Schreiben verlässlich zuzustellen, was bisher nicht möglich war. Es schreibt auch vor, transparente Beschwerdeprozesse einzurichten und eine Berichtspflicht über deren Umsetzung. Damit erschöpfen sich die positiven Aspekte, denn das Gesetz sieht auch eine negativ zu beurteilende Privatisierung der Rechtsdurchsetzung vor. Die Beurteilung von Beschwerden und Klagen sowie deren Umsetzung wird damit an die amerikanischen privatwirtschaftlichen Plattformen *outsourced*. Diese Unternehmen können solche Verfahren mengenmäßig kaum bewältigen. Denn die feinen Linien im Graubereich zwischen Meinungsfreiheit und strafbarer Äußerung zu ziehen, ist äußerst komplex und selbst für ordentliche Gerichte schwierig und oft langwierig. Gleiche Aussagen können in anderen Kontexten und zu anderen Zeitpunkten sehr unterschiedlich bewertet werden. Facebook hat jede Woche

mehrere Hunderttausende solcher Meldungen zu bearbeiten und nimmt diese Bewertungen mithilfe von Algorithmen automatisiert vor, weil es nicht anders geht. Algorithmen irren sich aber oft, weil sie z.B. nicht zwischen Ernst und Satire unterscheiden können. Und da, wo Menschen eingesetzt werden, sind es nicht hochqualifizierte Juristen, sondern schlecht ausgebildete und schlecht bezahlte Call-center-Mitarbeiter. Bei Facebook haben sie nicht einmal 30 Sekunden Zeit, um einen Zweifelsfall zu beurteilen. Das kann nur schiefgehen. In vielen Fällen kam es dabei zu einem sogenannten *overblocking*, bei dem die Grenzen der Meinungsfreiheit falsch gezogen wurden. Um hohe Bußgelder zu vermeiden, haben die Unternehmen geradezu willkürlich alles gelöscht, was gemeldet worden war. Inzwischen gibt es allein in Deutschland 30 Millionen aktive Facebook-Nutzer. Blockiert man einfach einige davon oder wirft sie raus, weil sich jemand über einen *post* beschwert hat, dann sperrt man diese Menschen aus einem wesentlichen Interaktions- und Diskursraum, der heute zur Demokratie gehört, einfach aus.

Ich sehe dennoch bei den Unternehmen eine große Verantwortung, die von ihnen derzeit nicht ausreichend wahrgenommen wird. Zu viel digitale Gewalt und Drohungen werden dort einfach toleriert. Diese Unternehmen müssen sich fragen, ob sie nicht ihr Geschäftsmodell ändern müssen, weil es strukturell zu negativen Begleiterscheinungen führt. Am Ende wird das Geld entscheiden: Einige sehr große Werbefinanzierer sind inzwischen selbst mit dem derzeitigen Geschäftsmodell der sozialen Medien nicht mehr einverstanden.

Vom Staat erwarte ich sensiblere Gesetze. Ich möchte aber auch, dass der Staat Anonymität schützt, denn die nützt vor allem gefährdeten Individuen. Die Antwort ist nicht, dass alle nur noch mit Namen und Personalausweis posten dürfen. Vor allem ist es aber eine gesellschaftliche Aufgabe, zu lernen, innerhalb der digitalen Gesellschaft empathisch zu sein. Das ist eine Herausforderung für die Spiegelneuronen jedes Einzelnen. Der Mensch hat in Millionen von Jahren seiner Gattungsgeschichte schon eine Menge gelernt. Wir müssen es schaffen, den unsichtbaren Menschen uns gegenüber als Menschen wahrzunehmen. Und wir sollten uns unserer Rolle als Zuschauer bewusstwerden. Ein *post* kann noch so hässlich, böseartig und strafrechtsverletzend sein – wenn niemand ihn *liked* oder teilt, ist sein Einfluss praktisch gleich Null. Auf diejenigen, die teilen und *liken*, achten wir zu wenig, wie auch auf die, die etwas bemerken, aber nichts tun. Wir alle sollten uns überlegen, wie wir uns dort mehr einschalten können.

Julia Krüger: Als ich anfing, mich mit Netzpolitik zu beschäftigen, galten digitale Inhalte und digitale Medien als nicht kontrollierbar. Aber schon 2008/2009 wurde in Deutschland über die Möglichkeit der Netzsperrung diskutiert. 2010 kam das Zugangerschwerungsgesetz, das dem Kampf gegen Kinderpornographie dienen sollte. *Ursula von der Leyen* setzte sich sehr für sogenannte Netzsperrungen ein. Es

sollte ›Stoppsschilder‹ im Internet geben, die den Zugang zu solchen Inhalten verhindern. Dagegen gab es großen Widerstand von verschiedenen Akteuren. Ihnen ging es um ein freies Internet, um die Abwehr von Zensur und Wahrung der Grundrechte wie Selbstbestimmung im Internet. Im Grunde aber gingen alle davon aus, dass die Regulierung von Inhalten im Internet unmöglich sei und weitere Maßnahmen aufgrund ihrer Ungenauigkeit ineffektiv wären, da sie leicht zu umgehen seien. Internetinhalte und digitale Medien sind, so hieß es damals, nicht kontrollierbar, da das Netz eine globale Reichweite hat und größtenteils privater Verfügungsgewalt unterliegt.

Inzwischen hat sich einiges geändert. Seit 2000 erleben wir den Aufstieg der großen Netzwerke, heute vor allem Twitter, Google, YouTube und Facebook. Diese Netzwerke ermöglichen nicht nur Interaktion und Kommunikation, sie zentralisieren vor allem ganz stark deren Inhalte. Sie akquirieren, selektieren und regulieren sie.

Im Unterschied zu den etablierten Medien geht es ihnen nicht darum, eine ausgewogene Auswahl von Information oder deren breite Vielfalt zu gewährleisten. Es geht um die Personalisierung von informationellen Umgebungen, also Informationsräumen, in denen Daten



Julia Krüger

und Algorithmen eine große Bedeutung zukommt. Der Verwaltungswissenschaftler *Klaus Lenk* hat es 2017 treffend formuliert: »Die Maschinen ›lernen‹, was ich will, und sagen mir dann, was ich wollen soll«. Das Problem ist aber, dass größtenteils unklar ist, wie das funktioniert. Klar ist, dass die Präferenzen von Nutzern, mithin die Interaktion von Nutzern und Algorithmen, dabei eine Rolle spielen. Unklar ist, wie das genau zusammenwirkt. Eine der wenigen dazu existierenden Studien heißt *Exposure to ideologically diverse news and opinion on Facebook* und wurde von Facebook-Mitarbeitern selbst verfasst.¹ Die Studie sollte eigentlich nachweisen, dass Menschen einen größeren Einfluss haben als Maschinen bzw. Algorithmen. Das gelingt auch, aber ich war überrascht zu lesen, welchen großen Einfluss Algorithmen haben. Bei Facebook werden im *newsfeed* generell 5-8% der Inhalte herausgefiltert, und die Vielfalt der Inhalte verringert sich weiter

durch das Ranking. Zum einen geht es also darum, welche Inhalte überhaupt angezeigt werden, und im Weiteren darum, auf welchen Positionen diese stehen. Die meisten Leute schauen sich ohnehin nur die ersten 10 bis 20 *posts* ihres *newsfeed* an. Die Reduktion der Vielfalt von Inhalten erreicht bei Facebook bis zu 17%. An manchen Stellen ist die Studie leider unklar und nicht repräsentativ. Untersucht wurden nur Nutzerinnen und Nutzer, die Facebook häufig nutzten und sich zudem ideologisch eindeutig identifiziert hatten. Bei weniger signifikanten Nutzern dürften diese Effekte eher noch größer sein. Mir ist klar geworden, wie groß der Einfluss von Algorithmen auf Online-Diskurse und damit auf die Fragmentierung von Öffentlichkeit tatsächlich geworden ist. Früher gaben Medien einen einheitlicheren Überblick über aktuelle Ereignisse wieder. Heute weiß niemand, was auf fremden Handys zu sehen ist.

Wenn bei jedem *newsfeed* bis zu 17% der Vielfalt reduziert wird – stündlich, täglich, immer –, entstehen massiv ›Echokammern‹, Räume, die den Menschen nur solche Informationen zukommen lassen, die zu denen passen, die sie schon kennen und mögen. Man muss befürchten, dass sich langfristig sehr unterschiedliche, inkompatible Weltansichten, Problemwahrnehmungen und Sprachen entwickeln – ein ›Turmbau zu Babel‹ entsteht, der gesellschaftliche Kooperation unmöglich macht. So können diese Algorithmen zur weiteren Radikalisierung der Öffentlichkeit führen und damit zu massiven Konflikten innerhalb der Gesellschaft.

Wozu und warum geschieht das Ganze eigentlich? Eine bereits gegebene Antwort lautet, dass die Internet-Plattformen schlicht um des Profits willen betrieben werden, den sie abwerfen, und deshalb möglichst viele Nutzerinnen und Nutzer halten wollen. Aber es können auch andere Interessen dahinterstecken. Die Algorithmen sind, wie gesagt, zum Teil unklar, haben aber einen bedeutenden Anteil am Informationsweg. Ein Beispiel, an dem der Einfluss von Daten und Algorithmen gut erkennbar wird, ist die systematische Etablierung rechtsalternativer Medien und Seilschaften im Netz. Wie eine Studie aus dem *Columbia Journalism Review* von Yochai Benkler, Robert Faris und Ethan Zuckerman aus dem Jahr 2017 zeigte, wurden hier systematisch soziale Netzwerke als Raum genutzt, um hochpolitische Inhalte über Bots zu verbreiten. Aber es sind nicht nur automatisierte Computerprogramme, die zu einer Verstärkung des sogenannten ›white noise‹ beitragen. Eine Studie von Jonathan Albright aus dem Jahre 2016 zeigte, dass gleichfalls sogenannte ›Linkmuster‹ von konservativen Akteuren gezielt dazu genutzt wurden, rechtskonservative Inhalte in Suchmaschinen und anderen Intermediären hoch zu *ranken*. Solche Phänomene haben in den digitalen Medien eine wichtige Rolle eingenommen, aber wir stehen vermutlich erst am Beginn dieser Entwicklung. Seitdem die ›Hassrede‹ als Problem erkannt ist, hat die Politik mit rechtlichen Mitteln versucht, solchen Algorithmen beizukommen. Doch das ist bisher nicht gelungen.

Zeitgleich mit der Debatte um *hate speech*, *fake news* und terroristische Aktivitäten im Netz haben alle großen Plattformen angefangen, automatisierte Technologien als Gegenmaßnahmen zu entwickeln. Twitter arbeitet z.B. daran, *hate speech* und *harassment*, also Bedrohung bzw. Belästigung, automatisch zu erkennen. Dabei werden selbstlernende Algorithmen und sogenannte *sentiment*-Analysen eingesetzt, die Emotionen in Kommentaren analysieren sollen. Google arbeitet an Filtern für *toxic speech*, *hate speech* und *harassment*. Dabei geht es darum, auf Basis von Diskursdaten bei Wikipedia und anderen Onlinemedien Algorithmen zu trainieren, Kommentare zu erkennen, die dazu führen, dass jemand eine Debatte verlässt. Dabei wird ein Ranking erstellt: Eine Aussage wie »Sie sind kein netter Mensch« hätte fiktiv einen Toxizitätswert von 8%. Etwas wie »Scheiß Schlampe!!!!« hätte dagegen einen Wert von 92%. Es ist sicher interessant, hieran zu erkennen, wie Netzwerke reagieren können. Aber damit verschiebt sich die Aufmerksamkeit darauf, was als strafbarer Inhalt zu bekämpfen ist, hin zu dem Thema, wie ein Algorithmus lernen kann, was ›toxisch‹ ist. Das Problem der juristischen Abwehr möglicherweise strafbarer Inhalte verwandelt sich damit zur Frage der technischen Abwehrmöglichkeiten bestimmter Ausdrucksweisen. Möglicherweise gilt irgendwann nicht mehr die Holocaustleugnung als Skandal, sondern eine ›toxische‹ Ausdrucksweise darüber. Die Definition dessen, was richtig ist oder nicht, wird verschoben von Juristen und Politikern hin zu den *nerds*.

Wir sehen hier einen hochdynamischen Prozess: Facebook bekämpft inzwischen weniger *hate speech* oder *harassment*. Dort versucht man sich vielmehr in der Herstellung von Technologien, um *fake news* automatisch zu erkennen. *Marc Zuckerberg*, CEO von Facebook, erklärte, er halte nicht viel davon, einfach Meinungen einander gegenüberzustellen. Seine Idee ist, Meinungen auf einer Art Matrix einzuordnen. Die Nutzerinnen und Nutzer bekommen eine Art Spiegel zu sehen, der anzeigt, auf welchem Platz im Spektrum sich eine Meinung befindet. Diese Vision von Zuckerberg ist viel diskutiert worden, und gegenwärtig wird diese Technologie eingeführt. Nutzerinnen und Nutzer sollen nun Informationsquellen bewerten, und zwar danach, ob sie diese Quellen kennen oder nicht und ob sie diesen vertrauen oder eben nicht. Höheres Vertrauen gegenüber ›würdigen‹ Quellen führt zu einem besseren Ranking. In den USA gibt es inzwischen eine breite Diskussion darüber, was es bedeutet, dass Nutzerinnen und Nutzer Quellen bewerten. Was heißt das, wenn Volksabstimmungen und direkte Demokratie Eingang in soziale Netzwerke finden? Da entstehen spannende Fragen.

Höchst bemerkenswert finde ich die zunehmende Destruktion der bisher etablierten Akteure der öffentlichen Kommunikation und die Intransparenz dieser Vorgänge. Als ich anfing, mich mit der Kontrolle von digitalen Medien zu beschäftigen, war meine Vorstellung, dass es klare, präzise und einheitliche Normen geben muss. Und dass es klar sein müsste, wie deren Einhaltung kontrolliert werden kann und wer das machen soll. Für eine Regulierung von Netzinhalten auf

demokratische Weise müsse es adäquate Kontroll- und Sanktionsmöglichkeiten geben und eine Einbettung in den demokratischen Legitimationszusammenhang. Heute sind wir davon weit entfernt: Wir haben eine privatisierte Regulierung digitaler Medien, wir haben Formen privatisierter Rechtsdurchsetzung, wir haben keinerlei Widerspruchsrechte und keine Transparenz. Und nun wird das Ganze auch noch kombiniert mit Formen künstlicher Intelligenz. Wie kann man diesen neuen Diskurs konstruktiv gestalten?

Volker Lüdemann: Worin besteht eigentlich die Wirkmacht der ›fünften Gewalt‹, was macht sie aus? Von Altbundeskanzler *Schröder* ist folgendes Bonmot überliefert: Er meinte, zum Regieren brauche er nur »Bild, BamS und die Glotze«. Heute würde er vielleicht sagen, er benötige Facebook, Twitter, Snapchat und Instagram. Die heutigen Probleme sind also nicht neu, oder?

Bernhard Pörksen: Macht ist diffundiert und hat nicht mehr den einen, zentralen Ort. Wir befinden uns im Übergang von der Mediendemokratie, von den mächtigen publizistischen Zentren, hin zur Empörungsdemokratie des digitalen Zeitalters. Wir leben in einer Zeit, in der jeder sich zuschalten kann, jeder zum Sender geworden ist. Schröder spricht in dem zitierten Satz über das Zeitalter der mächtigen Massenmedien. Diese sind institutionell fassbar, haben eine klare, identifizierbare Adresse und eine Telefonnummer. Neben den immer noch mächtigen Massenmedien ist aber zwischenzeitlich eine neue Machtsphäre entstanden. Und jeder hat mit seinem Smartphone eine im Wortsinn ›indiskrete‹ Technologie. Einst diskrete gesellschaftliche Sphären – die Welt der Arbeit und der Freizeit, des Öffentlichen und des Privaten – werden aufgehoben. Alle sind konstant in einem *Standby*-Modus der Existenz. Wer hat noch nie eine SMS oder eine E-Mail leider in die falschen Kanäle geleitet? Die Welt des kleinen und des großen Ärgers können kurzgeschlossen werden. Ein Einzelner vermag dann ein Video mit Weltwirkung zu lancieren, wie das Beispiel des Anhängers von Hillary Clinton zeigt.

Die Machtverhältnisse sind unübersichtlicher und schwerer kontrollierbar geworden. Und die Rollen Einzelner können unter Umständen mit großer Geschwindigkeit hin und her switchen. Wer gerade etwas veröffentlicht hat, wird morgen schon attackiert. Wir haben Wikileaks lange gefeiert. Heute müssen wir sagen, Julian Assange war ein wunderbarer Wahlkampfhelfer für Donald Trump, in dem Versuch, gewissermaßen einen permanenten Bypass zu legen und russische Propaganda im entscheidenden Moment als scheinbar neutrale Plattform zu lancieren. Dieser plötzliche Rollenwechsel gehört zum Bild der gegenwärtigen Situation dazu.

Volker Lüdemann: Frau Domscheit-Berg, wenn die Kommunikation in den sozialen Medien keine feste Struktur hat und alles eine amorphe Masse ist, kann man

dann überhaupt von einer ›fünften Gewalt‹ sprechen? Staatliche Gewalten sind doch immer institutionalisiert, und selbst die Presse hat feste Strukturen wie Verlagshäuser.

Anke Domscheit-Berg: Die ›fünfte Gewalt‹ ist anders, das macht sie schwer kontrollierbar, kalkulierbar und regulierbar. Selbst wenn man überall Stoppschilder setzt, dauert es nicht lange, um diese zu umgehen. Problematische Inhalte wird es immer geben. Im Übrigen ist es für Politiker – und besonders für Politikerinnen – schwerer geworden, überhaupt Politik zu machen und in der Öffentlichkeit zu sein. Dort ist man von Anfang an Freiwild und Zielscheibe für jeden, der gerade einen Anfall von Hass hat. Ob man sich daran gewöhnt? Ob ich das überhaupt will? Womöglich stumpft man dann ab und bildet eine Hornhaut, durch die die übelste Beleidigung nicht mehr durchdringt? Ich weiß nicht, wie man menschliche Politik auf Dauer machen kann, wenn ein andauernder Hass von draußen auf einen einstürzt. Davon sind Politiker aller Parteien betroffen, Frauen allerdings doppelt und auf andere Art. Die Fixierung auf Äußerlichkeiten, Körper, Sex, Vergewaltigungsphantasien, usw. treffen speziell Frauen. Das ist wirklich ein Problem, auch weil wir sowieso zu wenige Frauen in der Politik haben.

Volker Lüdemann: Sollten wir uns aber in Zeiten der Politikverdrossenheit und mangelnder Partizipation nicht freuen, dass es da – abgesehen von Beleidigung und Bedrohung – Kanäle für Menschen gibt, die sich öffentlich äußern?

Julia Krüger: Wenn es sie nicht gäbe, würde es auch weniger Websites wie *netzpolitik.org* geben, und es wäre mir als Wissenschaftlerin unmöglich, meine Artikel außerhalb des akademischen Diskurses einem Publikum zugänglich zu machen. Allen Akteuren werden hier neue Möglichkeiten eröffnet, die allerdings viele Herausforderungen mit sich bringen. Wir müssen lernen, mit der großen Masse an Informationen umzugehen und dafür geeignete Filter zu entwickeln. Wenn wir gut informiert sein wollen, müssen wir wissen, dass es nicht ausreicht, Twitter und Facebook zu nutzen, sondern dass es sinnvoll ist, auch die Nachrichten auf ARD, ZDF, im *Deutschlandfunk* oder auf *SPIEGEL-Online* wahrzunehmen. Wir müssen ganz bewusst unterschiedliche Kommunikationsräume betreten, und das ist durchaus anspruchsvoll.

Eine andere Herausforderung im Internet ist der Diskurs selbst. Oft werden als Erste die Leute gehört, die am lautesten sind und die meisten Emotionen hervorrufen. Viele Plattformen fördern genau dies durch intransparente Algorithmen. Andere Plattformen wie einst *Imzy* oder heute das *Coral*-Projekt von Mozilla versuchen dagegen, konstruktiven Kommentaren und Inhalten ein hohes Ranking zu verschaffen. Das zeigt, dass das Design sozialer Netzwerke einen großen Einfluss auf den Diskurs hat. Beispielsweise ließe sich die dem Nutzer angezeigte Vielfalt

von Inhalten bei Facebook sehr leicht dadurch steigern, dass die Algorithmen nicht nur die Quantität von Relevanz berücksichtigen – die Häufigkeit der Interaktion wie teilen, *liken* oder kommentieren. Sondern, dass die Algorithmen die Qualität der Interaktion berücksichtigen – beispielsweise Inhalte befördern, die nicht nur von einer Gruppe von Menschen geteilt werden, sondern von Menschen unterschiedlicher Nation, Kultur, Schicht oder politischer Einstellung.

Zu guter Letzt muss man sagen: Einerseits sorgen wir uns aktuell ganz viel um *hate speech* und *fake news* und andere toxische Inhalte. Gleichzeitig bewahren wir urheberrechtliche Regelungen, die das ›natürliche Gegengift‹ – guten Qualitätsjournalismus – künstlich aus sozialen Netzwerken fernhält. Das Leistungsschutzrecht ist darauf ausgerichtet, die Verbreitung von urheberrechtlich geschützten Werken im Internet zu begrenzen. Da braucht man sich natürlich nicht wundern, dass Propaganda von rechts so viel Raum gewinnt. Hier brauchen wir eine Reform des Urheberrechts und natürlich auch neuartige Vergütungssysteme. Denn eins ist klar: Wenn es nicht gelingt, die vielen neuen Stimmen im Netz in einen konstruktiven Diskurs einzubinden und den vielen guten Ideen Raum und Aufmerksamkeit zu verschaffen, dann ist die digitale Demokratie schnell am Ende.

Volker Lüdemann: Die Regulierung scheint ein großes Problem zu sein. Herr Pörksen, Sie haben einmal gesagt, es gelte das »Grundgesetz der Unmöglichkeit der Zensur«. Können wir dann überhaupt eingreifen?

Bernhard Pörksen: Es gibt das Beispiel eines *shitstorm*, in den jemand versuchte einzugreifen. Dieser Kontrollversuch hat das Ganze erst so richtig bekannt gemacht. Versuche, einen Blogger einzuschüchtern, bleiben meistens erfolglos. Denn so erzeugt man genau die Aufmerksamkeit, die eigentlich vermieden werden sollte. Die Regulierung und die Gesetze sind zweifellos wichtig. Ich glaube aber, dass wir aufpassen sollten, die Debatte nicht auf das Juristische zu verengen. Denn circa 98% dessen, was nicht im Netz stehen sollte und uns unangenehm ist, ärgert, reizt, verletzt und verstört, ist nicht justiziabel. Da sind *wir* gefordert, als Bürgerinnen und Bürger mit Zivilcourage und als Menschen, die Einschätzungen entwickeln, aufgrund unserer ethisch-moralischen Sensibilität.

In einer liberalen Demokratie sind das Recht und juristische Auseinandersetzungen die letzten Mittel. Dies scheint sich in der ›Erlösungshoffnung‹ namens Netzwerkdurchsetzungsgesetz fatal zu verschieben. Meine Überlegungen gehen in die Richtung, wie man gerade in einem Moment, in dem Institutionen schwächer und die Durchsetzung gesetzlicher Regeln schwieriger werden, die ethisch-moralische Sensibilität des Einzelnen stärken kann. Mein kurzer und knapper Vorschlag lautet: Wir haben ein wunderbares Wertegerüst für das öffentliche Sprechen im guten Journalismus. Guter Journalismus ist glaubwürdige, relevante,

veröffentlichungsreife Information. Guter Journalismus in diesem Sinne muss ein Element von Allgemeinbildung werden. Ich setze stärker auf Bildungsprozesse als auf juristische Auseinandersetzungen. Letztendlich ist die rechtliche Regelung als zentrales Element, um Meinungsströme zu regulieren, einer liberalen Demokratie unwürdig.

Volker Lüdemann: Frau Domscheit-Berg, Sie haben skizziert, was Ihnen und anderen im Internet an Beleidigungen und Hass begegnet. Sind solche Persönlichkeitsverletzungen mit einer liberalen Demokratie vereinbar? Muss man da nicht doch einschreiten?

Anke Domscheit-Berg: Mit dem Versuch, diese Dinge gesetzlich zu regeln, ist ja gerade nicht der staatliche Anspruch verbunden, dies auch durchzusetzen. Der Staat delegiert vielmehr diese eigentlich hoheitliche Aufgabe an das Unternehmen, das die betreffende Webplattform betreibt und dies dann völlig intransparent umsetzt. Und von den erwähnten 98% der *posts*, die zwar total doof sind, aber keinen Rechtsverstoß darstellen, werden einfach viele gelöscht – nur weil sich jemand darüber beschwert hat. Offenbar haben wir da die falschen Erfolgsparameter: So hat z.B. die EU als Erfolg verlautbaren lassen, dass 100% der ›gemeldeten‹ Facebook-Inhalte im Dezember 2017 gelöscht worden seien. Nur weil eine Beschwerde, eine ›Meldung‹, einging, wurden sie gelöscht. Das ist kein Erfolg, sondern zutiefst beunruhigend, weil es die liberale Gesellschaft bedroht. Wenn wir nicht mehr über Dinge reden dürfen, die unangenehm sind, dann sind wir nicht mehr frei. Der öffentliche Diskurs ist eine Aufgabe für uns als Gesellschaft, nicht für den Gesetzgeber oder irgendein nichttransparentes Unternehmen.

Das wir besser darin werden müssen, miteinander konstruktiv umzugehen, steht auf einem anderen Blatt. Auf dem Weg der Gesetzgebung werden wir das aber nie erreichen. Im Gegenteil, dadurch werden Meldewellen erzeugt, bei denen sich Leute gegenseitig bei Facebook anzeigen, nur weil sie sich nicht leiden können. So lernen wir doch weder Respekt, noch wie wir mit Argumenten überzeugen. Diese Aufgabe ist nicht trivial, sie hat viel mit Bildung und dem oft zitierten lebenslangen Lernen zu tun. Dafür gibt es leider viel zu wenig offene, barrierefreie Räume. Hindernisse wie Zeugnisse oder Zertifikate gehören nicht in die digitale Gesellschaft.

Volker Lüdemann: Es gibt wohl kaum jemanden, der am Netzwerkdurchsetzungsgesetz in seiner derzeitigen Form etwas Positives gefunden hat, oder?

Bernhard Pörksen: Doch! Die Klärung von Verantwortung z.B. und überhaupt die Verpflichtung, einen Ansprechpartner zu nennen, finde ich sehr positiv. Bun-

desminister *Heiko Maas* hat mit den Plattformbetreibern intensive Gespräche geführt und an ihre publizistische Verantwortung erinnert. Wenn solche publizistischen Monopole, die möglicherweise die amerikanischen Wahlen entscheidend beeinflusst haben, Vorbehalte der Europäer einfach vom Tisch wischen, so ist das eine Infamie, die man ernst nehmen muss. Die Intention des Gesetzes, Ansprechbarkeit und Lokalisierbarkeit von Verantwortung zu schaffen, halte ich für gut begründet.

Julia Krüger: Erklärtes Ziel des Netzwerkdurchsetzungsgesetzes, das seit Januar 2018 in Kraft ist, ist die Verbesserung der Rechtsdurchsetzung gegenüber sozialen Netzwerken. Dazu wurden die Plattformen verpflichtet, künftig auf Basis von rund 20 komplexen Straftatbeständen zu entscheiden, ob Inhalte legal sind oder nicht, und zwar nicht nur in Fällen von *hate speech* oder *fake news*, sondern auch hinsichtlich der Bildung terroristischer Vereinigungen oder landesverräterischer Fälschungen, also bei hochkomplexen Delikten. Und die Plattformen sollen berichten, was sie dagegen getan haben. Wenn sie nichts tun, droht man ihnen mit Bußgeldern.

Es gibt zwar vereinzelte Fälle von Politikerinnen und Politikern, die im Netz eine ganze Menge Hass abbekommen. Genauso bekommen bestimmte gesellschaftliche Gruppen sehr viel Hass ab. Es gibt aber keine Studie darüber, wie hoch das Aufkommen von *hate speech* in Deutschland überhaupt ist. Auch über die Dynamik der Entwicklung ist wenig bekannt: Von wem geht der Hass aus? Wer multipliziert Hass und gegen wen richtet er sich? Wenn man das wüsste, könnte man die Strafverfolgung relativ gezielt einsetzen und die Ressourcen der Staatsanwaltschaften fokussieren.

Wirklich irrig ist aber die Annahme, das Netzwerkdurchsetzungsgesetz würde die Strafverfolgung verbessern, allein indem ein Ansprechpartner genannt wird. Das Gesetz sieht vor, einen inländischen Zustellungsbevollmächtigten zu benennen, eine Art ›Briefkasten‹. Die Einrichtung dieses Briefkastens verpflichtet die Plattformen aber noch nicht dazu, mit den Strafverfolgungsbehörden zu kooperieren. Es werden Briefe entgegengenommen, mehr nicht. Entsprechende Berichtspflichten dazu sind auch völlig unzureichend. Es wird zwar alles erhoben, aber nicht, ob gelöschte Posts strafbar waren oder nicht. Es besteht tatsächlich das hohe Risiko, dass mehr gelöscht wird, als notwendig wäre, denn die Plattformen wollen nicht riskieren, Bußgelder zahlen zu müssen. Und es gibt kein Widerspruchsrecht gegen das Löschen. Ich halte dieses Gesetz für eine komplette Katastrophe.

Volker Lüdemann: Die Fachwelt ist sich einig darin, dass dieses Gesetz handwerkliche Mängel hat. Darum möchte ich einen anderen ordnungspolitischen Ansatz ansprechen, die *Charta der Digitalen Grundrechte der Europäischen Union*,

die mit Unterstützung der ZEIT-Stiftung initiiert und 2016 veröffentlicht wurde. Die Grundidee dabei ist, einen pluralistischen, sicheren Diskursraum auf europäischer Ebene sicherzustellen. Wäre darin eine Lösung zu erkennen?

Anke Domscheit-Berg: Dieses Versprechen der Charta finde ich problematisch. Was ist damit gemeint, und wie will man das durchsetzen? Wir haben die Gründe genannt, warum das auf rein gesetzlichem Weg nicht funktionieren kann. Hier ist doch eher Menschenbildung gefragt als z.B. Zensur, für die man europaweite Kriterien definieren müsste.

Ich habe die Charta dennoch unterstützt, weil viele unserer Grundrechte in der digitalen Gesellschaft tatsächlich bedroht werden, z.B. die Freiheit vor Überwachung. Wir brauchen hier unbedingt einen europäischen Diskurs, um den Transfer der Rechte, so wie wir sie kennen, von der analogen in die digitale Welt zu gewährleisten. Vieles, was wir als Grundrecht in der analogen Welt genießen, geht plötzlich verloren, nur weil es jetzt in der digitalen Welt stattfindet. Nehmen wir das Briefgeheimnis: Einen Briefumschlag aufzumachen und den Inhalt zu lesen, ist nicht in Ordnung. Aber E-Mails komplett zu durchleuchten, ist o.k., obwohl es elektronische ›Briefe‹ sind. Darum wird eine solche Grundrechtecharta gebraucht. Wichtig daran ist, dass sie eine Diskursgrundlage sein wollte und keine finale Festlegung dieser Grundrechte. Deswegen konnte ich die Charta unterschreiben, obwohl das oben als Grundidee bezeichnete Ziel auch eine vollständige Überwachung von Kommentaren, eine totale Zensurmöglichkeit und den dafür nötigen Apparat mit sich bringen könnte.

Volker Lüdemann: Grundrechte sind Abwehrrechte gegen den Staat. Nun gibt es eine digitale EU-Grundrechte-Charta als Vorschlag. Sie würde im Ergebnis bedeuten, dass wir Bürger den Staat ermächtigen, verstärkt einzugreifen. Hier werden Grundrechtsbegriffe förmlich auf den Kopf gestellt. Ergreift hier ›Trump-Panik‹ die Politik?

Bernhard Pörksen: Man kann das auch anders bewerten. Als Beteiligter an der Vorbereitung der Charta kann ich sagen, dass in einer Neufassung, die die jüngsten Diskussionen berücksichtigen wird, die von Ihnen zitierte Formulierung nicht mehr auftauchen wird. Unabhängig vom Wortlaut einzelner Paragraphen würde ich der Feststellung zustimmen, dass hier ein Trump-Schock, ein Brexit-Schock und eine *fake news*-Panik spürbar werden. Im Moment ringen wir als Gesellschaft, als liberale Demokratie, um die ›1-Million-Euro-Fragen‹ der Diskursbeeinflussung: Wie kann man Desinformation bekämpfen, ohne in die Überregulierung zu gehen? Wie kann man Medienmündigkeit auf der Höhe der Zeit trainieren?

Gleichzeitig müssen wir erkennen, dass Populisten und auch eine Figur wie Trump infolge zunehmender Direktkommunikation und durch Aufpeitschens der

eigenen Anhänger via Twitter und anderer sozialer Netzwerke auf vielfache Weise von den gegenwärtigen medialen Veränderungen profitieren, die eine Schwächung des klassischen Journalismus mit sich bringen. Hinzu kommt der Versuch, einzelne Unterstützermilieus so fest an sich zu binden, dass alles andere für diese Milieus irrelevant ist. Wir müssen aber trotzdem Überreaktionen vermeiden und nicht bloß auf Kontrollmechanismen setzen, die dem Ideal von Mündigkeit nicht angemessen sind.

Volker Lüdemann: Das ist auch die Linie, die die *Frankfurter Allgemeine* verfolgt. Dort wurde einmal in einer Überschrift gefragt: »Brauchen wir ein Wahrheitsministerium?«.

Bernhard Pörksen: In der FAZ konnte man auch schon einen Gastbeitrag lesen, in dem für eine »Gonsikratie« plädiert wurde, eine ›Herrschaft der Wissenden«.



Volker Lüdemann

Der Vorschlag war: Nur wer in einem von der Bundeszentrale für politische Bildung durchgeführten Test zwischen *fake news*, Verschwörungstheorien und echten Nachrichten unterscheiden kann, darf an Parlamentswahlen teilnehmen. Das liefe, bei fehlender *fake news*-Einordnungsfähigkeit, auf die Aberkennung des Wahlrechts als Grundrecht hinaus.

Volker Lüdemann: Ist die Kompetenz der einzelnen Nutzer wirklich die Kernfrage? Sind nicht vielmehr die mächtig gewordenen Plattformen das Hauptproblem? *Michal Kosinski*, Psychologe an der Stanford University, hat in seinem Artikel *Ich habe nur gezeigt, dass es die*

Bombe gibt anschaulich beschrieben, wie Facebook und andere Plattformen mittels der Erstellung von Psychogrammen hochpräzise Wahlanalysen erstellen und damit Wahlmanipulation betreiben können – und das möglicherweise auch tun.

Anke Domscheit-Berg: Die Intransparenz solcher Algorithmen ist vielen schon lange ein Dorn im Auge. Es gibt dazu etliche internationale Studien, z.B. zum Algorithmus der Suchmaschine Google. 80% der Nutzer beachten lediglich die ersten 6 bis 7 Google-hits. Was Google auf Seite 2 listet, schaut kaum jemand an. Wenn nun vor einer Wahl Suchergebnisse zu einem bestimmten Kandidaten bzw. einer Kandidatin nur um einen einzigen Rang verändert werden oder gar erst auf Seite 2 erscheinen, kann das einen enormen Einfluss darauf haben, welche Informationen man zur Kenntnis nimmt. Ob Google so etwas planvoll macht, wissen wir nicht, ebenso wenig wie von Facebook. Wir wissen aber, dass Facebook weltweit über eine Milliarde Nutzerinnen und Nutzer hat. Das ist das größte Monopol, das es jemals gegeben hat. Als BWL-Studentin habe ich gelernt, dass Monopole etwas Schlechtes sind; Monopole neigen dazu, ihre Macht zu missbrauchen. Deshalb gibt es überall Antitrust-Gesetze. Ich frage mich, warum man zwar analoge Monopole zerschlägt, aber digitale Monopole so groß werden lässt. Digitale Monopole können auf viel mehr als bloß auf Preise Einfluss nehmen, nämlich auf das Funktionieren unserer Demokratie! Wie lange wollen wir als internationale Gemeinschaft vieler Länder oder als ›Wirtschaftsmacht Europa‹, wo eine halbe Milliarde Menschen lebt, abwarten und zuschauen, bevor wir sagen: Jetzt ist Schluss damit?

Julia Krüger: Es werden immer die großen, sich selbst organisierenden Netzwerke aus den USA angesprochen, um die Entwicklung des Internets mit seinen positiven und negativen Visionen und Potenzialen darzustellen. Aber auch in Deutschland wurde schon seit den 1980er Jahren die Digitalisierung geplant, und zwar als Verbindung von Privathaushalten, von Fabriken, von öffentlichen Verwaltungen, auf Basis einer universellen Infrastruktur. Da ging es um Rationalisierungsvorteile für die Wirtschaft, um neue Anwendungen von Kommunikation, um Unterhaltungselektronik und anderes. Diese deutschen – und ebenso die meisten anderen europäischen – Netzwerke wurden allerdings national hierarchisch gedacht, im Gegensatz zum heutigen Internet, das jedenfalls eine Zeit lang dezentral und multilateral war.

Ich begreife die großen Plattformen eigentlich als Verwirklichung der ursprünglichen europäischen Pläne, und das ist interessant in verschiedenster Hinsicht: Sie zentrieren ganz stark Informationen; sie geben die Macht denjenigen in die Hand, die Daten sammeln und auswerten, um die Auswertung für irgendein Geschäft nutzen zu können. Wenn das nicht unkontrolliert geschehen soll, so kann man einerseits daran denken, die Plattformen gesetzlich zu regulieren oder generell zu demokratisieren. Andererseits kann man auch fragen, welche Daten man den Plattformen überhaupt gibt. Will man ein *targeting*, wie Kosinski es beschrieben hat, verhindern, müsste man z.B. dafür sorgen, dass Daten in Deutschland auch weiterhin nicht zweckentfremdet eingesetzt werden dürfen. Dazu wäre eine

ordentliche Implementierung der Datenschutz-Grundverordnung erforderlich und auch die Verabschiedung der sogenannten *ePrivacy-Richtlinie*, die regulieren sollte, welche Daten vom Facebook Messenger überhaupt gesammelt und ausgewertet werden dürfen. Und das müsste dann geltendes EU-Recht werden.

Im Mediendiskurs ungelöst ist allerdings der Umgang mit dem, was in den Medien und auf den Plattformen an algorithmischer Regulierung stattfindet. Für mich ist der aktuelle Diskurs um die Regulierung von sozialen Netzwerken wie eine Blaupause für die Frage der algorithmischen Regulierung weiterer Gesellschaftsbereiche: Wir müssen davon ausgehen, dass Algorithmen und Künstliche Intelligenz auch in der Medizin, der Verwaltung oder der Politik bald eine größere Rolle spielen. Wie aber sollen wir der Entwicklung vertrauen, wenn die Systembetreiber sich nicht im Ansatz in die Karten schauen lassen, was und wie genau sie etwas tun? Wie sollen menschliche Entscheidungen an smarte Maschinen delegiert werden, wenn die Ergebnisse so unklar sind wie der genaue Prozess oder Sicherheitsrisiken?

Bernhard Pörksen: Reden wir eigentlich über den richtigen Feind? Müssen wir nicht über die Plattformen nachdenken, die doch im Zentrum stehen? – Ja, gewiss, man kann sagen, sie kannibalisieren wesentliche Teile der digitalen Wirtschaft. Von einem Dollar, der für digitale Werbung ausgegeben wird, landen 60 Cent bei Google oder Facebook. Und ja, den Zeitungen geht es auch deshalb so schlecht, weil es eine spürbare Umschichtung im Anzeigenmarkt gibt. Trotzdem würde ich dringend davor warnen, hier nur böse dunkle Mächte zu sehen und Algorithmen als Synonym für uns überwältigende, undurchschaubare Geheimrezepte der Wirklichkeitskonstruktion zu verteufeln. Wir können ›Macht‹ in der Öffentlichkeit im digitalen Zeitalter nur verstehen, wenn wir drei Größen betrachten: erstens die Plattformen mit der intransparenten, algorithmischen Filterung; zweitens den nach wie vor existierenden Journalismus mit den klassischen Massenmedien sowie, drittens, das medienmächtig gewordene Publikum.

Die Schwierigkeit ist, dass wir Bildungs- und Regulierungsaufgaben bei allen dreien ansetzen müssen. Bei uns selbst – also bei jedem, der klickt, teilt und damit durch das Plebiszit der Klickzahlen sagt, dass etwas wichtig ist und angeschaut werden muss –, bei den Plattformen natürlich auch und in gewissem Sinn auch beim klassischen Journalismus, der neue Aufgaben bekommt.

Volker Lüdemann: Nun sind Algorithmen nicht *per se* böse; die meisten sind nur so programmiert, dass sie verstärken, was wir gerne hören möchten und uns möglichst lange dabei aufhalten. Sollten wir nicht einfach ein paar neue, andere ›Freunde‹ einladen, damit auch andere Ansichten in unsere ›Filterblase‹ gelangen können, und die Algorithmen in diesem Sinn zu verbessern?

Anke Domscheit-Berg: An der Universität Kaiserslautern befasst sich Professorin *Katharina Anna Zweig*, die 2015 die Organisation *Algorithm Watch* mitgegründet hat, genau mit dieser Frage. Ihren Forschungsergebnissen folgend, hält sie das ›Filterblasenphänomen‹ für überschätzt. Der durchschnittliche Nutzer vernetzt sich nicht nur mit Menschen, die gleiche Meinungen vertreten wie er selbst, sondern auch mit Arbeitskollegen, Nachbarn und Verwandten, mit ehemaligen Klassenkameradinnen und -kameraden, die keineswegs immer der gleichen Meinung sind. Man ist also durch ›Freunde‹ zumeist mit einer vielfältigen Klientel vernetzt.

Allerdings sorgt der Algorithmus für eine Sortierung der Meinungen unterschiedlicher Menschen, wobei dann möglicherweise relativ einheitliche Meinungen vorn rangieren und abweichende weiter hinten. Dabei bekommt jeder Nutzer, selbst wenn dieser die gleichen Freunde hat wie andere, durch unterschiedlich gesetzte *likes* ganz andere, eigene Anzeigen. Dadurch lässt sich nicht mehr so einfach sagen, was in Deutschland gesehen und gelesen wurde.

Julia Krüger: Es bleibt einfach unklar, ob die Inhalte auf den Plattformen nach unseren Präferenzen, nach den Präferenzen unserer Freunde oder nach wirtschaftlichen und politischen Kriterien sortiert werden. Auch dass wir uns dabei wohlfühlen sollen, ist nicht sicher. Programmierung ist relativ schwierig, weil es komplexe algorithmische Systeme sind, die man testen muss, um zu erfahren, was dabei herauskommt. Darin liegt eine wirkliche Gefahr, denn es könnte für manche schon zu spät sein, wenn eine ordnungsgemäße Regulierung kommt. So klagen schon große amerikanische Organisationen wie die *American Civil Liberties Union* (ACLU) darüber, dass sie nach der letzten Änderung des Algorithmus von Google extrem sinkende Zugriffszahlen verzeichnen – ein Thema, das auch *netzpolitik.org* betrifft. Wenn solche Plattformen heruntergerankt werden, erreichen sie kaum jemanden. So etwas kann auch der *Süddeutschen Zeitung* passieren.

Ein Fortschritt wäre es, wenn Facebook erlauben würde, analytisch auf dort erhobene Daten zuzugreifen, um herauszubekommen, was die Leute sehen und hören. Das durch Umfragen ermitteln zu wollen, wäre ineffektiv und zu langsam; damit kommt die Forschung nicht der Geschwindigkeit hinterher, mit der auf diesen Plattformen Innovationen eingeführt werden. Ein früheres Facebook-Firmenmotto lautete passenderweise: »*Move fast and break things*«.

Publikum: Frau Domscheit-Berg, vermutlich haben die Urheber der Ihnen zugeordneten Hassparolen sich nicht zu erkennen gegeben. Warum muss eigentlich nicht – wie bei einem Leserbrief an die Tageszeitung – jeder, der im Internet eine Meinung äußert, dazu Namen und Adresse und vielleicht noch das Geburtsdatum angeben?

Anke Domscheit-Berg: Die Meinungsfreiheit ist nun wirklich ein hohes Gut, und das Bundesverfassungsgericht hat geurteilt, dass auch eine anonyme Meinungsäußerung unbedingt zur Meinungsfreiheit dazugehört. Meinungsfreiheit endet im Übrigen nicht erst, wenn eine Äußerung zu negativen Folgen führt; auch wenn eine Meinung aus Angst vor negativen Folgen erst gar nicht geäußert wird, ist diese Freiheit verloren. Manche Menschen sind von negativen Folgen eher bedroht als andere, z.B. Frauen oder Angehörige von Minderheiten. Wären alle gezwungen, sich überall namentlich zu outen, wäre das Internet für sie kein sicherer Raum mehr und vielleicht auch nicht mehr das Dorf, in dem sie wohnen. Wenn sich z.B. ein homosexueller Pfarrer in einem hoch katholischen Dorf zu Themen äußern möchte, die mit seinem persönlichen Leben zu tun haben, wird er nicht wollen, dass jeder Nachbar in seinem Dorf davon erfährt. Dieser Mensch muss aber die Möglichkeit haben, sich zu äußern und dass sein Schutzbedürfnis respektiert wird. Auch wenn es mir unangenehm ist, dass man mich anonym beleidigen kann, möchte ich nicht dieses wichtige Recht eingeschränkt sehen.

Publikum: Ist Anonymität tatsächlich ein Grundrecht?

Anke Domscheit-Berg: Es ist als Teil der Meinungsäußerung ein geschütztes Grundrecht. Das Bundesverfassungsgericht hat das so beurteilt.

Julia Krüger: Viele Studien belegen, dass Anonymität und Hass nicht unbedingt in einem Zusammenhang stehen. Viele Hasskommentare sind nicht anonym. Gerade bei Facebook schreiben die Leute so etwas unter ihrem Klarnamen.

Publikum: Es hieß, niemand verstehe wirklich, wie Algorithmen funktionieren. Aber Facebook und Twitter wissen doch offenbar genau, was sie tun. Ist es nicht vielmehr so, dass dort eine Sprache gesprochen wird, die Millionen von Facebook-Nutzern nicht verstehen? Werden hier nicht reale Machtverhältnisse sichtbar, von denen große manipulative Gefahren ausgehen?

Julia Krüger: Kein deutscher Bürger erfährt, was dort im Einzelnen passiert. Und bestimmte algorithmische Systeme gelten schon seit Jahrzehnten als nicht mehr zu durchschauen. Darauf hat *Kathrin Passig* jüngst in einem Artikel in der Zeitschrift *Merkur* hingewiesen. Was man testen kann und wovon Facebook, Google und andere Betreiber großer Plattformen Kenntnis haben, sind die Nutzerdaten, die verwendet werden. Ihren In- und Output kann man untersuchen und die Ergebnisse verwerten. Leider sind die betreffenden Experten weder der deutschen Öffentlichkeit gegenüber verantwortlich, noch der deutschen Politik.

Publikum: Für die hier diskutierten Problembereiche ist *Bildung* sicher ein ganz zentraler Hebel. In der *Niedersächsischen Landeszentrale für politische Bildung* finden vor allem das Internet und die sozialen Medien große bildungspolitische Aufmerksamkeit. Wo sehen Sie aus Ihrer Sicht die entscheidenden Ansatzpunkte, um mit Blick auf den mündigen Bürger flächendeckend und langfristig wichtige Ziele zu erreichen?

Bernhard Pörksen: Ich versuche, auch in meinen Veröffentlichungen, eine Art Bildungsutopie für das digitale Zeitalter zu entwickeln. Wir haben den Bildungsgedanken keineswegs schon ausgeschöpft; im Gegenteil: Wir haben den gigantischen Bildungsauftrag, der in dieser aktuellen Mediendiskussion steckt, noch gar nicht verstanden, nicht entziffert und kaum fruchtbar gemacht. Meine Bildungsidee ist, dass wir von der digitalen in eine ›redaktionelle‹ Gesellschaft überwechseln müssen. Unter einer *redaktionellen Gesellschaft* verstehe ich eine Gesellschaft, in der die Ideale des guten Journalismus zur Allgemeinbildung gehören: Sei skeptisch, recherchiere wahrheitsorientiert, publiziere erst nach Überprüfung, sei verständigungsorientiert, höre immer auch die andere Seite, gehe mit Fehlern transparent um.

Wie könnte man das realisieren? Erstens braucht es ein eigenes Schulfach als ›Labor‹ der redaktionellen Gesellschaft. Der zweite Schritt ist, dass sich der klassische Journalismus ändern muss: weg von der Rolle des Pädagogen, des Wahrheitsverkünders, des Belehrenden, hin zu einer Aufklärung und Öffnung über die Spielregeln der eigenen Branche. Dritter Ansatz wäre die Einrichtung eines Plattform-Rates, der sehr klar die Plattformen dazu zwingt, ihren eigenen Diskurs- und Transparenzpflichten nachzukommen. Sie müssen darüber diskutieren, was die öffentlichen Wirkungen ihrer Art von Plattformorganisation sind: Was sind die publizistischen Effekte der Algorithmen? Wie gehen wir, die Plattformen, selbst mit Beschwerden um? Ziel wäre die Medienmündigkeit jedes Einzelnen, der lernt, die Plattformen als ein Medium zu begreifen, das er dann wählt oder nicht.

Wir müssen eine leidenschaftliche Wertedebatte darüber führen, welcher Bildungsauftrag in der gegenwärtigen Situation steckt. Die fehlt total; das ist nicht ausgereizt, ausprobiert oder versucht.

Anke Domscheit-Berg: Beim Thema Digitale Bildung finde ich besonders ärgerlich, dass es selbst dort, wo es das Schulfach Informatik gibt, oft nur um die Fähigkeit der Nutzer geht, ein Menü zu bedienen. Aber auch für *digital natives*, die innerhalb von drei Minuten ihnen vorher unbekannte elektronische Geräte bedienen können, weil sie intuitiv die richtigen Menüfolgen finden, bedeutet das keineswegs, dass sie auch nur ansatzweise kompetent sind, damit vernünftig umzugehen. Oft liegt der Hauptfokus bloß auf Wissensvermittlung. Dringlich wäre aber Wertebildung, da fehlt es an Vermittlung. Dafür gibt es inzwischen großartige

Einzelbeispiele, z.B. ein regelmäßiges *fake news*-Training, bei dem eine Lehrerin ›Nachrichten‹ verkündet, die dann innerhalb von 5 Minuten in der Klasse auch mithilfe von Smartphones gegengecheckt werden. Nach einem Jahr klappte das richtig gut, es war ganz leicht zu machen und in jeden Unterricht integrierbar. In einer anderen Schule wurde das Thema Cybermobbing in einem kleinen Theaterstück behandelt, da wurden *posts* vorgelesen, ausgedruckte Bilder hochgehalten und die Reaktion der Zuschauer untersucht. Ein Lehrer einer anderen Schule stellte die ausgedruckten Facebook-Profilen seiner Schüler im Flur der Schule aus, was zunächst großes Entsetzen bei den Schülern darüber auslöste, dass der Lehrer so unverschämte ihre Privatsphäre verletzen konnte. Auf diese Weise haben die Kinder gelernt, dass das, was auf Facebook steht, jeder sehen kann. Bei den Versuchen, im Schulunterricht die Medienkompetenzen der Kinder zu verbessern, müssen wir jedenfalls noch kreativer werden.

Publikum: Auch viele ältere Jugendliche und Erwachsene verfügen wohl kaum über hinreichende ›Medienkompetenz‹. Wie ist das in der Politik, Frau Domscheit-Berg? Wie viele Parlamentskolleginnen und -kollegen verstehen, was da technisch läuft und was dahinter von Bedeutung ist?

Anke Domscheit-Berg: Der neue Koalitionsvertrag ist diesbezüglich sehr enttäuschend. Dort steht zwar auf jeder zweiten Seite das Wort ›Digitalisierung‹ und wie wichtig diese ist. Aber weder gibt es ein neues Ministerium, das dafür zuständig wäre, noch eine zentrale Stelle im Kanzleramt. Das Thema ist bisher im Bereich ›Verkehr und digitale Infrastruktur‹ angesiedelt, und dort soll dann gleich alles, was irgendwie ›digital‹ ist, erledigt werden. Es gibt aber bisher keine ganzheitliche Digitalisierungsstrategie, nur einen Ausschuss *Digitale Agenda*. Und es sitzen ohnehin nur wenige Digitalexperten im Bundestag. Am Ende einer jeden Bundestagsdebatte um Digitalisierung wird entschieden, Anfragen der verschiedenen Parteien an einen der zahlreichen Ausschüsse zu verweisen, z.B. auch an den Ausschuss für ›Arbeit und Wirtschaft‹. Ich befasse mich dort vor allem mit der Zukunft der Arbeit. Wenn wir die Aussicht ignorieren, dass zukünftig Roboter und Software Arbeitsplätze ersetzen werden, finden wir keine Lösungen für die sozialen Fragen, die mit dem Wegfall von Arbeitsplätzen verbunden sind.

Volker Lüdemann: Wenn wir in fünf Jahren noch einmal zusammenkämen, würden wir dann sagen können, dass sich etwas verbessert hat?

Julia Krüger: In fünf Jahren sollten wesentlich mehr Menschen Zeit haben für mehr digitale Bildung. Wir werden dann in einer Gesellschaft leben, in der relativ

viele der heute noch wichtigen Kompetenzen irrelevant geworden sind. Ich wünsche mir, dass wir in fünf Jahren mehr Zeit dafür aufgewendet haben, uns der Digitalisierung anzupassen.

Anke Domscheit-Berg: Wenn man so viel Hass bekommt wie ich, ist es extrem wichtig, positives Feedback zu kriegen, damit das Negative auszuhalten ist. Wenn das passiert, wird es uns in fünf Jahren besser gehen, weil wir dann nämlich ein Korrektiv aus der Gesellschaft heraus haben.

Bernhard Pörksen: Wird es in fünf Jahren besser sein? Ein weiser Mann hat einmal gesagt, dass Wissenschaft ›mit dem Rücken zur Zukunft‹ arbeitet. Wir sortieren nur die Dinge, die schon vorbei sind. Wir spießen die Schmetterlinge auf, die nicht mehr leben. Aber trotzdem wage ich eine Prognose: Ja, es wird besser sein. Ich bin Bildungsoptimist; die Ängste, die wir heute diskutieren, sind typische Ängste, die sich an ein neues Medium richten. Wir haben ähnliche Ängste der Verstörung, der Verletzungen, der Gereiztheit und des Nicht-mehr-Einordnen-Könnens gehabt beim Aufkommen des Buchdrucks und bei fast jedem neuen Medium danach. Der Mensch ist jedoch aus Prinzip ungeheuer anpassungsfähig. Im Moment erleben wir die Wachstumsschmerzen einer Medienrevolution. Aber der Weg von der digitalen in die redaktionelle Gesellschaft – er wird uns gelingen.

1 Vgl. <http://science.sciencemag.org/content/348/6239/1130>.